

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

13.04.2015

**Niederschrift des öffentlichen Teiles der 6. Sitzung**

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 13. April 2015

Beginn : 18:00 Uhr  
Ende : 22:25 Uhr  
Ort : Bürgerschaftssaal des Rathauses

**Anwesenheit**

Herr Ibrahim Al Najjar  
Frau Ulrike Berger  
Herr Dr. Ullrich Bittner  
Herr André Bleckmann  
Herr Ulf Burmeister  
Frau Petra Dörwald  
Frau Rita Duschek  
Herr Rudi Duschek  
Frau Dr. Frauke Fassbinder  
Herr Dr. Stefan Fassbinder  
Frau Yvonne Görs  
Herr Professor Dr. Frank Hardtke  
Frau Luisa Heide  
Frau Marion Heinrich  
Herr Axel Hochschild  
Herr Torsten Hoebel  
Herr Heiko Jaap  
Herr Wolfgang Jochens  
Herr Prof. Dr. Wolfgang Joecks  
Herr Dr. Jörn Kasbohm  
Herr Dr. Andreas Kerath  
Herr Nikolaus Kramer  
Herr Alexander Krüger  
Herr Christian Kruse  
Herr Thomas Lange  
Herr Jürgen Liedtke  
Herr Egbert Liskow  
Herr Franz-Robert Liskow  
Herr Dr. Thomas Meyer  
Herr Peter Multhauf  
Herr Thomas Mundt  
*Herr Dr. Sascha Ott*  
Herr Milos Rodatos  
Herr Dr. Ulrich Rose  
Frau Dr. Mignon Schwenke  
Frau Birgit Socher  
Herr Ludwig Spring  
Herr Dr. Rainer Steffens  
Frau Dr. Antje Steveling  
Frau Mechthild Thonack

Herr Professor Dr. Thomas Treig  
Herr Ingo Ziola

## Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 16.02.2015
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
6. Beratung der Beschlussvorlagen
  - 6.1. Eckwertepapier für eine künftige Theater- und Orchesterstruktur im östlichen Landesteil  
*Der Oberbürgermeister*
  - 6.2. Zukunft des Theaters Vorpommern GmbH  
*BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Die Linke - interfraktionell angestrebt*
  - 6.3. Zukunft der Theater Vorpommern GmbH  
*Fraktion Bürgerliste - FDP, CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion KfV-PIRATEN*
  - 6.4. Entgeltordnung für das Strandbad Eldena  
*ABS gGmbH/Der Oberbürgermeister*
  - 6.5. Annahme einer Spende für Projekte der Kriminalprävention  
*Der Oberbürgermeister*
  - 6.6. Ausschreibungsverfahren Grundstück Baderstraße 23/24  
*Dez. II, Amt 23*
  - 6.7. Ergänzung weiterer Maßnahmen zum ISEK-Strategiepapier  
*Dez. II, Amt 60*
  - 6.8. Lärmaktionsplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Kernmaßnahme 5  
*Dez. II, Amt 60*
  - 6.9. Gestattungsvertrag EMAU Greifswald/UHGW; Gestattungsentgelt  
*Dez. II, Amt 66*
  - 6.10. Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
*Dez. III, Amt 32*
  - 6.11. Aktionsplan für Greifswald  
*SPD-Fraktion*
  - 6.12. Prüfauftrag – Enteignung Grundstücke Lange Straße 48a und Steinbeckerstraße 35/36  
*CDU-Fraktion*
  - 6.13. Mietpreisbremse  
*SPD-Fraktion, interfraktionell angestrebt*
  - 6.14. Benennung Mitglieder für den Beirat des Eigenbetriebes „Hanse- Kinder“  
*CDU-Fraktion*
  - 6.15. Umbesetzung AG KUS  
*CDU-Fraktion*
  - 6.16. Zeitweiliger Ausschuss Windenergie  
*CDU-Fraktion*
  - 6.17. Anzeige von Baumfällungen  
*Herr Dr. Ulrich Rose*
7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und

wichtige Angelegenheiten der Stadt

8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
9. Mitteilungen der Präsidentin
10. Schluss der Sitzung

**TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladungen, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . eröffnet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft.
- . begrüßt die Anwesenden.
- . stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Einhaltung der Ladungsfrist fest.

**TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

Unter dem TOP 6.14.1 soll die Beschlussvorlage „Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur“ (06/288) behandelt werden.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 16.02.2015**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf. Es gibt keinen Diskussionsbedarf. Frau Socher lässt über die Niederschrift abstimmen.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner**

Einwohnerinnen der Bleichstraße haben eine Nachfrage hinsichtlich des Nexö-Platzes, konkret zum geplanten Parkhaus und der geplanten Bürgerbeteiligung.

**Herr Kaiser** beantwortet die Frage. Der Entwurf des betreffenden Bebauungsplanes ist in Erarbeitung. Sobald der Entwurf des Bebauungsplanes vorliegt, wird er in den entsprechenden Gremien behandelt. Darüber hinaus können sich Bürger auch bei der Auslegung beteiligen und angehört werden.

**Herr Krüger** verweist auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung. Dieses Thema wird am 28.04.2015 in

der Sitzung behandelt.

**Herr von Malottki** schlägt bei diesem konkreten Fall an eine Bürgerbeteiligung inform einer Bürgerversammlung vor.

**TOP 5. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen**

**Herr Wille** beantwortet die Frage von der Fraktion Bürgerliste Greifswald/FDP hinsichtlich der Stadtmarketing GmbH:

- . das Anzeigeverfahren beim Innenministerium ist noch nicht abgeschlossen
- . die notarielle Beurkundung kann erst vorgenommen werden, wenn das Anzeigeverfahren abgeschlossen ist
- . das Personal des Fremdenverkehrsverein soll in die GmbH übernommen werden
- . beantwortet die Frage der Fraktion DIE LINKE hinsichtlich des Toilettencontainers an der Klosterruine
- . berichtigt die gestellte Frage der Fraktion dahingehend, dass die Mittel hierzu nicht im Haushalt verankert sind
- . sobald die Baugenehmigung vorliegt, kann mit den Bauarbeiten begonnen werden

***Es folgt eine Schweigeminute für Günter Grass.***

**TOP 6. Beratung der Beschlussvorlagen**

**TOP 6.1. Eckwertepapier für eine künftige Theater- und Orchesterstruktur im östlichen Landesteil**

06/260 *Die Bürgerschaft beauftragt und bevollmächtigt den Oberbürgermeister, auf Grundlage des Eckwertepapiers - Theater und Orchester im östlichen Landesteil des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Anlage 1) und nach den dort festgelegten Prämissen in Abstimmung mit beiden anderen Gesellschaftern der Theater Vorpommern GmbH (TVP) Verhandlungen mit dem Land und den Gesellschaftern der Theater- und Orchestergesellschaft Neubrandenburg/Neustrelitz GmbH (TOG) zu führen mit dem Ziel, die Möglichkeiten und Detailfragen für eine Fusion zum Staatstheater Nordost zu eruieren.*

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf und erklärt, dass im erweiterten Präsidium beschlossen wurde, dass die TOP 6.1 bis 6.3 gemeinsam beraten werden. Die Abstimmung erfolgt jedoch zu jeder einzelnen Vorlage.

Der Oberbürgermeister

- . bringt die Beschlussvorlage ein.
- . erklärt, dass diese Vorlage evtl. zurückgezogen wird, wenn die Bürgerschaft den interfraktionellen Vorschlag „Zukunft der Theater Vorpommern GmbH“ (06/298.1) folgt.

*Im Ergebnis der folgenden Diskussionen wird die Beschlussvorlage Eckwertepapier für eine künftige Theater- und Orchesterstruktur im östlichen Landesteil zurückgezogen.*

**TOP 6.2. Zukunft des Theaters Vorpommern GmbH**

06/290 *Zur langfristigen Sicherung des Spielbetriebs des Theaters Vorpommern beschließt die Bürgerschaft folgendes Vorgehen:*

1. *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bekennt sich zum Erhalt des Theaters Vorpommern als 4-Sparten Stadttheater mit den derzeitigen Spielorten und setzt sich für sie ein.*

2. Die Bürgerschaft beschließt folgende Eckpfeiler für den Erhalt der Eigenständigkeit des Theaters:
  - *Dynamisierung der kommunalen Mittel jährlich um 2,9% ab dem Jahr 2017 unter der Voraussetzung, dass das Land und die beiden anderen Träger ihre finanziellen Mittel ebenfalls in demselben Umfang erhöhen,*
  - *Ausrichtung des Inhalts künftiger Zielvereinbarungen in Anlehnung an das Autonomiemodell des Eckwertepapiers des Ministers vom 12.12.2014.*
  
3. Die Bürgerschaft beauftragt den Gesellschafter und die von ihr entsandten Mitglieder des Aufsichtsrats, im Aufsichtsrat darauf hinzuwirken,
  - *dass dem Intendanten des Theaters Vorpommern folgende Aufträge erteilt werden:*
    - a) *Aufnahme von Verhandlungen mit den zuständigen Gewerkschaften und sonstigen Akteuren über die Einführung eines neuen Haustarifvertrags für die Jahre 2017 bis 2025, der eine jährliche Tarifsteigerung von 2% für die Belegschaft gewährleistet sowie eine jährliche Anpassung an den Flächentarifvertrag in Höhe von zusätzlich 1%,*
  
    - b) *Vorlage eines Modells, organisatorische, kaufmännische und logistische Aufgaben aus den bisherigen beiden Gesellschaften Theater Vorpommern und Theater- und Orchestergesellschaft Neubrandenburg/Neustrelitz zusammenzuführen unter begründeter Kalkulation/Schätzung des finanziellen Einsparvolumens.*
  
  - *dass dem Intendanten und den Spartenleitern des Theaters Vorpommern der Auftrag erteilt wird, den Gesellschaftern kurzfristig Vereinbarungen über eine Kooperation im künstlerischen Bereich mit den jeweiligen Sparten der Theater- und Orchestergesellschaft Neubrandenburg Neustrelitz vorzulegen, und zwar sowohl bezüglich eines Leistungsaustausches, einer Zusammenarbeit bei Produktionen wie auch durch gegenseitige Unterstützung bei Einzelproduktionen unter begründeter Kalkulation/Schätzung des finanziellen Einsparvolumens.*

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** ruft die Beschlussvorlage auf.

Frau Berger bringt die Beschlussvorlage ein.

Die Abstimmung erfolgt nach der anschließenden Diskussion.

### TOP 6.3. Zukunft der Theater Vorpommern GmbH

Die Bürgerschaft der UHGW beschließt:

- 06/298.1 1. Die Bürgerschaft der UHGW beauftragt den Oberbürgermeister, in Kenntnis des Eckwertepapiers - Theater und Orchester im östlichen Landesteil (Anlage 1) und nach den dort festgelegten Prämissen in Abstimmung mit den beiden anderen Gesellschaftern der Theater Vorpommern GmbH, Verhandlungen mit dem Land und den Gesellschaftern der Theater- und Orchestergesellschaft Neubrandenburg/ Neustrelitz GmbH zu führen mit dem Ziel, die Möglichkeiten und Detailfragen für eine Fusion zum Staatstheater Nordost zu eruieren.

Dabei sind insbesondere folgende Themen zu berücksichtigen:

- Der Nachweis der prinzipiellen Machbarkeit hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit und der längerfristigen finanziellen Leistungsfähigkeit der neuen Gesellschaft ist zu erbringen. Dabei sind auch die sich aufgrund des großen Einzugsbereiches ergebenden Mehr-aufwendungen zu berücksichtigen; insbesondere sind die zusätzlichen Kosten für die technologische Umsetzbarkeit und die erhöhten Mobilitätsanforderungen zu berücksichtigen.
  - Bei der Gestaltung der neuen Gesellschaft "Staatstheater Nordost" ist eine ausgewogene Verteilung des Spielplans auf die Theaterstandorte, entsprechend ihrer Förderung, angemessen zu berücksichtigen. D.h., die von der neuen Theatergesellschaft für die einzelnen städtischen und/oder kreislichen Gesellschafter zu erbringenden Leistungen (z.B. Anzahl der Aufführungen und Premieren; Anzahl der Mitarbeiter vor Ort, etc.) müssen im Verhältnis zu den von diesen aufzubringenden Zuschüssen stehen.
  - Das bisherige Niveau der Zusammenarbeit der Theater mit den Schulen und Kinder-gärten soll aufrechterhalten und festgeschrieben werden. Neben dem Erhalt der Theaterpädagogik ist insbesondere das Schauspiel sicherzustellen, bzw. zu stärken.
  - Lösungsansätze, die betriebsbedingte Kündigungen enthalten, sind nicht zu akzeptieren.
  - Zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der künftigen neuen Gesellschaft muss das Land klarstellen, dass es eine echte Dynamisierung der Landeszuschüsse auch nach 2020 geben wird.
  - Bei der Geschäftsführung muss das Vier-Augen-Prinzip gelten (Intendant und kaufmännischer Geschäftsführer). Die Besetzung der Aufsichtsgremien (Gesellschafter-versammlung und Aufsichtsrat) entspricht den jeweiligen Anteilen der Gesellschafter.
  - Die Beteiligung des Landes sollte keine Mehrheitsbeteiligung darstellen; der Anteil des Landes soll daher höchstens 50 % betragen. Sollte das Land doch Mehrheitsgesellschafter werden ist sicherzustellen, dass der Gesellschaftsvertrag den weiteren Gesellschaftern eine entscheidende Mitsprache sichert sowie Minderheitenrechte vorsieht (Einberufungsrecht zu Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen, Veto-Recht, qualifizierte Mehrheiten bei Wahl der Geschäftsführer (Intendant und kaufmännischer Geschäftsführer), etc.)
  - Soweit die im Eckwertepapier aufgezeigte Finanzierungslücke von 1,4 Mio. Euro höher ausfällt, übernimmt das Land auch die übersteigenden Kosten.
  - Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der neuen Gesellschaft auch in den Jahren 2017 – 2020 ist sicherzustellen.
  - Der Sitz der Zentralwerkstätten muss unter geographischen Bedingungen sowie der Zweck- und Machbarkeit festgelegt werden.
  - Eine angemessene finanzielle Beteiligung des Landes an der Sanierung der Theaterwerkstätten und des Theatergebäudes in Greifswald ist sicherzustellen.
  - Die Kosten zur Schaffung einer neuen Struktur für die Vorpommersche Landesbühne Anklam (VLB) dürfen nicht zu Lasten der übrigen Theaterlandschaft im östlichen Landesteil gehen.
2. Gleichzeitig wird der Oberbürgermeister der UHGW beauftragt zu prüfen, ob eine Autonomie des Theaters Vorpommern auf Basis des Städtetheatermodells über das Jahr 2016 hinaus möglich ist. Sollte dieses Modell die Voraussetzungen des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur erfüllen, d.h. sich als eine „nachgewiesen nachhaltig tragfähige wirtschaftliche Perspektive“ erweisen, ist eine mit dem Ministerium abgestimmte Vorlage den Gremien der Bürgerschaft der UHGW zur Entscheidung vorzulegen.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.**

Herr Dr. Meyer bringt die Vorlage ein.

Die Abstimmung erfolgt nach der anschließenden Diskussion.

### **Gemeinsame Diskussion der TOPs 6.1 und 6.3**

**Herr Dr. Steffens** erklärt, dass

- . die CDU- Fraktion den interfraktionellen Antrag Zukunft der Theater Vorpommern GmbH 06/298.1. unterstütze
- . die Kooperation zwischen Stralsund und Greifswald hinsichtlich des Theaters nicht gefährdet werden darf.
- . keiner gegen das Städtmodell ist
- . es keine Unterstützung für das Städtmodell gäbe, da dieses Modell nicht ausgereift sei
- . eine Prüfung dieses Modells durch die Wirtschaftsprüfer erfolgen müsse
- . eine Entscheidung muss diesbezüglich erzielt werden solle, da die Zeit drängt

**Frau Duschek**

- . schildert eigene Erfahrungen als Theaterbesucherin
- . meint, dass mit einer Fusion würde Qualitätseinbußen einhergehen
- . fordert die Bürgerschaft auf, das 4- Spartensystem des Theaters zu erhalten
- . wehrt sich gegen den – ihrer Meinung - erpresserischen Ton der Landesregierung in Form des Eckwertepapiers
- . präferiert den Beschlussvorschlag „Zukunft des Theaters Vorpommern GmbH“ 06/290

**Herr Prof. Dr. Joercks**

- . ist erfreut, dass der Oberbürgermeister für den interfraktionellen Antrag Sympathie hegt und die eigene Vorlage infrage stellt.
- . verweist auf die Dringlichkeit einer Entscheidung.
- . betont, dass ein realistisches und umsetzbares Konzept angestrebt werden muss.
- . legt die Gründe der Ablehnung der Beschlussvorlage „Zukunft des Theaters Vorpommern GmbH“ (06/290) dar:
  1. Die Risiken und Kosten des Fusionsmodells werden sehr pessimistisch eingeschätzt, obwohl derzeit keine verwertbaren Zahlen vorliegen.
  2. Die Berechnungen im Städtetheatermodell sind im Gegensatz dazu sehr optimistisch z.B. wird eine Dynamisierung seitens des Landes von 2,9 %, eine Einnahmesteigerung von 3,5 % und eine Lohnsteigerung von 2,0 % erwartet.
- . meint, dass trotz dessen wird das Städtetheatermodell nicht außer Acht gelassen, wie der Beschlussvorlage 06/290 zu entnehmen ist.

**Frau Berger**

- . möchte die Aufmerksamkeit auf eine Studie des ifo Institutes – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München lenken. Diese besagt, dass Kultureinrichtungen einen Wettbewerbsvorteil für Kommunen - bei dem Kampf um qualifizierte Arbeitskräfte - darstellen.
- . nimmt Bezug auf die Zustimmung der Stralsunder Bürgerschaft zum Eckwertepapier und auf die Tendenz eines Bürgerentscheides in Stralsund

**Herr Dr. Fassbinder** möchte die Finanzperspektive näher betrachten

- . verweist in diesem Zusammenhang auf die Kreisgebietsreform, die bisher auch

kein Kostenersparnis erbracht hat.

. versteht nicht, dass die zwei vorgestellten Modelle gegeneinander ausgespielt werden.

. erläutert, die – nach seiner Meinung einzig nicht nachprüfbar - Zahlen der Lohnsteigerung und der Einnahmesteigerung, die zum einen von der Belegschaft akzeptiert werden und zum anderen auf der Aufnahme des Intendanten fußen.

### **Herr Rodatos**

. legt dar, dass er nicht für die gesamte Fraktion spricht

. die bisherige Diskussion thematisiert hauptsächlich die Erfüllung der Anforderungen, die von der Landesregierung gestellt wurden.

. das Eckwertepunktepapier Ost ist ein Abbild für die bisher geführte Debatte:

1. Es gelte das Leitmotiv, „Teile und Herrsche“ u.a. darin verankert, dass die Tanzkompanie Ost nach der Fusion nicht mehr existieren würde ebenso wie die Vorpommersche Landesbühne.
2. Es gelte der ausschließliche Zwang zum Gehorsam. Nur diejenigen, die Schwerin folgen, würden in den Genuss von Fördermitteln kommen.

. sagt, dass Punkt 2 der interfraktionellen Vorlage würde ins Leere führen, da das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur das Städtetheatermodell als nicht wirtschaftlich und rentabel einstufte

. sieht die Gefahr, dass für die zukünftigen finanziellen Defizite die Universitäts- und Hansestadt Greifswald aufkommen müsse, wenn dem Eckwertepapier gefolgt wird.

. unterstützt das mit den Betroffenen erarbeitete Städtetheatermodell.

**Herr Dr. Rose** sieht bei den bisher vorgestellten Beschlussvorlagen folgende Probleme:

1. im Eckwertepapier für eine künftige Theater- und Orchesterstruktur im östlichen Landesteil, dass es kein Modell ist
2. bei der Vorlage 06/290, dass eine Verhandlung stattfinden soll, die nicht auf Augenhöhe sei
3. bei der Vorlage 06/298.1, dass die Zahlen schön gerechnet wurden und eine Durchsetzung dieser Idee auf Dauer zu teuer werden könnte

. plädiert dafür, es Neustrelitz gleichzutun.

. empfiehlt, dass bevor Verhandlungen mit Schwerin aufgenommen werden, diese erst Zahlen offenlegen müssen.

Es folgt die Abstimmung zu den einzelnen Vorlagen.

**Herr Dr. Kasbohm** beantragt eine Einzelabstimmung für die zwei Punkte der interfraktionellen Vorlage. Diese wird mehrheitlich abgelehnt.

**Frau Duschek** beantragt namentliche Abstimmung für die Vorlage „Zukunft des Theaters Vorpommern GmbH“ (06/290)

### **Zukunft des Theaters Vorpommern GmbH (06/290)**

<b>Herr Ibrahim Al Najjar</b>	<b>Nein</b>
<b>Frau Ulrike Berger</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Dr. Ullrich Bittner</b>	<b>Ja</b>



<b>Herr André Bleckmann</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Ulf Burmeister</b>	<b>Nein</b>
<b>Frau Petra Dörwald</b>	<b>Nein</b>
<b>Frau Rita Duschek</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Rudi Duschek</b>	<b>Ja</b>
<b>Frau Dr. Frauke Fassbinder</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Dr. Stefan Fassbinder</b>	<b>Ja</b>
<b>Frau Yvonne Görs</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Prof. Dr. Frank Hardtke</b>	<b>Nein</b>
<b>Frau Luisa Heide</b>	<b>Nein</b>
<b>Frau Marion Heinrich</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Axel Hochschild</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Torsten Hoebel</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Heiko Jaap</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Wolfgang Jochens</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Prof. Dr. Wolfgang Joecks</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Dr. Jörn Kasbohm</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Dr. Andreas Kerath</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Nikolaus Kramer</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Alexander Krüger</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Christian Kruse</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Thomas Lange</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Jürgen Liedtke</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Egbert Liskow</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Franz-Robert Liskow</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Dr. Thomas Meyer</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Peter Multhauf</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Thomas Mundt</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Dr. Sascha Ott</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Milos Rodatos</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Dr. Ulrich Rose</b>	<b>Nein</b>
<b>Frau Dr. Mignon Schwenke</b>	<b>Ja</b>
<b>Frau Birgit Socher</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Ludwig Spring</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Dr. Rainer Steffens</b>	<b>Nein</b>
<b>Frau Dr. Antje Steveling</b>	<b>Nein</b>

<b>Frau Mechthild Thonack</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Professor Dr. Thomas Treig</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Erik von Malottki</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Ingo Ziola</b>	<b>Nein</b>

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	14	29	0

#### **Zukunft der Theater Vorpommern GmbH (06/298.1)**

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	28	15	0

Nach mehrheitlicher Zustimmung der Vorlage 06/298.1 zieht der Oberbürgermeister seine Vorlage zurück.

#### **TOP 6.4. Entgeltordnung für das Strandbad Eldena**

06/261 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die geänderte Entgeltordnung mit den Entgelttarifen für das Strandbad (Anlage 1), die ab der Saison 2015 während der Öffnungszeiten gelten soll.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Frau Au, Geschäftsführerin von der ABS gGmbH, erhält das Rederecht durch die Bürgerschaft.

**Frau Au** von bringt die Vorlage ein.

**Herr Dr. Kasbohm** bringt einen Änderungsantrag (06/316) ein, dass keine Entgelterhöhung stattfinden werden soll.

**Herr von Malottki** geht näher auf die Schildbürgererzählung ein und zieht Vergleiche zu Greifswald.

. fragt nach der Sinnhaftigkeit der zweiten Kasse und schlägt die Schließung dieser vor

. verlangt ein gemeinsames Konzept des See- und Tauchsportzentrum und dem Strandbad Eldena

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKEN zum Strandbad Eldena (06/316) abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	21	20	1

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage (06/261) abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	23	16	2

**TOP 6.5. Annahme einer Spende für Projekte der Kriminalprävention**

06/282 Sachdarstellung/ Begründung: Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme der Spende der Ströer Deutsche Städte Medien GmbH in Höhe von 5.000,00 € für Projekte der Kriminalprävention.  
 Begründung: Die Spende ermöglicht zusätzliche Projekte im Bereich der kommunalen Präventionsarbeit. Der Beschluss ist laut KV § 44 Abs. 4 erforderlich.

Kein Diskussionsbedarf

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

**TOP 6.6. Ausschreibungsverfahren Grundstück Baderstraße 23/24**

06/262 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:  
 Im Rahmen der demnächst vorgesehenen öffentlichen Ausschreibung der Baderstraße 23/24 (ehem. FFW Greifswald) zum Verkauf mit Sanierungsverpflichtung soll die anschließende Vergabe des Grundstückes nach dem am 15.05.2012 von der Bürgerschaft beschlossenen Kriterienkatalog (siehe Anlage) erfolgen, jedoch

1. ohne Wertung des Kriteriums der Eigennutzung unter Punkt II und
2. unter Einschränkung der „Sozialen Kriterien“ (Punkt V) auf die Wertung des Kriteriums der öffentlichen bzw. der besonderen sozialen oder kulturellen Nutzung. Hierbei soll abweichend vom Kriterienkatalog eine Punktzahl von maximal 2 Punkten vergeben werden können.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

**Diskussion:**

**Herr von Malottki**

. empfindet, dass soziale Kriterien diesbezüglich im Vordergrund rücken sollen und fragt nach, wann die Fachausschüsse hinsichtlich der Anpassung des Kriterienkatalogs involviert werden sollen.

**Herr Hochheim** bestätigt, dass der Kriterienkatalog überarbeitet wird und stellt klar, dass soziale Kriterien schon jetzt stark im Fokus der Beurteilung stehen.

**Herr Dr. Kasbohm** empfindet die sozialen Kriterien als sehr wichtig.

**Herr Hochheim** stellt klar, dass bei dieser Vorlage der Schwerpunkt auf die soziale oder kulturelle Nutzung gelegt wird und nicht z.B. auf die Anzahl der Kinder des Bauherrn.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	3

## TOP 6.7. Ergänzung weiterer Maßnahmen zum ISEK-Strategiepapier

06/310 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Aufnahme von drei weiteren Maßnahmen in das von der Bürgerschaft am 16.02.2015 beschlossene ISEK-Strategiepapier:

1. Erneuerung der Sportanlage Volksstadion
2. Erneuerung der Sportanlage Philipp-Müller-Stadion
3. Sanierung / Ersatzneubau Alexander von-Humboldt-Gymnasium

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr Hochheim bringt die Vorlage ein.

Herr Krüger bringt den Änderungsantrag zur Beschlussvorlage/ Tischvorlage „Ergänzung weiterer Maßnahmen zum ISEK Strategiepapier“ (06/315) ein

Herr Krüger richtet die Frage an Herrn Hochheim, warum ein Verein bevorzugt werde.

. verweist auf die Prioritätenliste, die im Sportausschuss 2013 festgelegt wurde

### Diskussion

#### Herr Hochheim

. geht auf die zuvor genannte Prioritätenliste ein u.a. auf:

. die an 4. Stelle stehende Sporthalle Caspar-David-Friedrich wurde im ISEK-Strategiepapier angemeldet

. die an 9. Stelle stehende Sporthalle III der Integrierte Gesamtschule

"Erwin Fischer" erfolgte eine Programmanmeldung für die Städtebauförderung

. betont, dass kein anderer Verein – mit entsprechenden Eigenmitteln - eine Förderung bei ihm beantragt hat

. bei Anträgen, die die Ansprüche erfüllen u.a. die Aufbringung von Eigenanteilen, würde eine Aufnahme im ISEK-Strategiepapier erfolgen

- da der GSV 04 e.V. den notwendigen Eigenanteil aufbringt, wird der Haushalt der Stadt nicht tangiert.

. weist daraufhin, dass die Sanierung des Sportplatzes am Dubnaring Mittel seitens der Stadt beansprucht.

. unterbreitet den Kompromiss die Mittel im nächsten Doppelhaushalt zu verankern.

. bei einer zeitnahen Sanierung muss festgelegt werden, wo die finanziellen Mittel im Haushalt herkommen sollen.

#### Herr von Malottki

. begrüßt die Aufnahme des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums Greifswald in die Prioritätenliste.

. kann sich das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Greifswald auch als inklusive Schule vorstellen, wodurch evtl. auch die Fördermittel schneller akquiriert werden können

Die SPD-Fraktion wird dem Änderungsantrag der BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zustimmen.

#### Herr Multhauf

. bezeichnet das Philipp-Müller-Stadion als unwürdige Ruine.

. lobt die Arbeit des GSV 04 und unterstützt die Antragsstellung, da die erforderlichen Eigenmittel aufgebracht werden können.

. hätte eine Behandlung der Beschlussvorlage in den jeweiligen Ortsteilvertretungen und Fachausschüssen gewünscht.

. **beantragt, dass die Erneuerung des Sportplatzes am Dubnaring mitaufgenommen**

wird. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

**Herr Wille**

. bestätigt, dass die Fördermittelbeantragung ein sehr aufwendiges Verfahren sei. Um die Aussicht auf Erfolg bei der Fördermittelbeantragung zu erhöhen, wäre es sinnvoller diesen Antrag für größere Projekte zu stellen.

**Herr Krüger**

. findet, dass alle Möglichkeiten der Fördermittelbeantragung ausgeschöpft werden sollen.  
. kritisiert die mangelnde Beteiligung der Fachausschüsse und die damit einhergehende mangelnde Kommunikation  
. hält den Änderungsantrag aufrecht und beantragt, dass eine Beschlussvorlage zusammen mit dem GSV erarbeitet wird, die dann in den Fachausschüssen debattiert wird.

**Herr Dr. Rose**

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass sowohl die Beschlussvorlage (06/310) als auch der Änderungsantrag (06/315) in die Fachausschüsse zurück verwiesen wird.

**Herr Hochheim**

. weist darauf hin, dass eine Rückverweisung in die Fachausschüsse wenig sinnvoll ist, da die Frist zur Antragstellung Ende April abläuft.

Frau Socher lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Rose abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen 1	Nein-Stimmen mehrheitlich	Enthaltungen einige
----------	-----------------	------------------------------	------------------------

**Herr Burmeister**

. bedankt sich für die Aufnahme des Alexander von-Humboldt-Gymnasiums in das ISEK-Strategiepapier.  
. bezieht sich auf das Schreiben von Herrn Hochheim und möchte, nach erfolgter Abstimmung mit dem Landkreis Vorpommern- Greifswald, wissen, ob eine Sanierung, ein Ersatzneubau oder eine Teilsanierung erfolgen soll.

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (06/315) abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts-und Hansestadt Greifswald beschließt:

den Passus 2: „Erneuerung der Sportanlage Philipp-Müller-Stadion“ aus der Verwaltungsvorlage zu streichen, wie folgt neu zu fassen und durch einen zusätzlichen Punkt 4 zu ergänzen:

- 2. Erneuerung der Sporthalle III Puschkinring
- 4. Erneuerung des Sportplatzes am Dubnaring.

Die Anlagen zu den Projektbeschreibungen werden entsprechend geändert.

Ergebnis	Ja-Stimmen 21	Nein-Stimmen 20	Enthaltungen 1
----------	------------------	--------------------	-------------------

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	22	12	7

**TOP 6.8. Lärmaktionsplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Kernmaßnahme 5**

06/274 Die Bürgerschaft beschließt, die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zum Zweirichtungsverkehr in der Goethestraße solange auszusetzen, bis die Ergebnisse der vorgeschlagenen Alternativvarianten (lärmmindernder Asphalt, Geschwindigkeitsreduzierung) zur Lärminderung in der Stephanistraße vorliegen.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** ruft die Beschlussvorlage auf.

**Diskussion:**

**Herr Lange** befürwortet die Beschlussvorschlag.

**Herr Dr. Bittner** spricht sich für die Machbarkeitsstudie zum Zweirichtungsverkehr in der Goethestraße aus.

**Herr Hochschild** begrüßt ausdrücklich die Beschlussvorlage.

**Herr Dr. Meyer** verweist auf die neu geschaffenen Grünanlagen am Wall. In der Goethestraße nun einen Zweirichtungsverkehr auszuweisen, halte er für anachronistisch.

**Frau Socher** lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	6	3

**TOP 6.9. Gestattungsvertrag EMAU Greifswald/UHGW; Gestattungsentgelt**

06/255 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ermächtigt den Oberbürgermeister, mit der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald ein vermindertes Gestattungsentgelt zur Nutzung von 23 km Leitungslänge unter städtischen Straßen, Wegen und Plätzen in nachfolgender Höhe zu vereinbaren. Das einmalige Gestattungsentgelt beträgt für einen 25-jährigen Gestattungsvertrag 15.000 EUR.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** ruft die Beschlussvorlage auf.

**Herr Dr. Kerath** sagt, dass

- die SPD-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen werde.
- bei der Empfehlung der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände die Möglichkeit bestehe auf das Gestattungsentgelt zu verzichten.
- dies in der Vorlage nicht erwähnt worden ist.

. stellt den Antrag, dass auf der Beschlussvorlage das Wort „vermindern“ gestrichen werden soll und dass nur 1,00 € gezahlt werden muss.

Des Weiteren soll Herr Dr. Flieger, Kanzler der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, das Wort erhalten.

**Herr Multhauf**

- . verweist auf die Abstimmungsergebnisse in den Fachausschüssen, die die Vorlage einstimmig angenommen haben.
- . möchte, dass die Aula der Universität für die Sondersitzung der Bürgerschaft zum 25-jährigen Bestehen (29.05.2015) kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

**Herr Hochschild**

- . geht näher auf die Fachausschüssen ein, in der die Vorlage einstimmig angenommen wurde.
- . spricht sich für eine uneingeschränkte Annahme der Vorlage aus.

**Prof. Dr. Treig**

- . verweist auf den geringen Betrag den die Universität - jährlich heruntergebrochen - zu zahlen hat.
- . spricht sich ebenfalls für eine uneingeschränkte Annahme der Vorlage aus

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** lässt über das Rederecht für Herrn Dr. Flieger abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

Herr Dr. Flieger erhält das Rederecht.

**Herr Dr. Flieger** erläutert dass,

- . die Erhebung des Gestattungsentgeltes in der Zuständigkeit der jeweiligen Kommune liege.
- . Wirtschaftsförderung sei auch für die Universität von enormer Bedeutung.
- . dabei will die Universität die Stadt nicht fiskalischer Natur unterstützen sondern durch das Know-how der von Ihnen ausgebildeten Fachkräfte
- plädiert für ein verminderte Entgelt, so wie bereits in der Beschlussvorlage vorgeschlagen

**Herr von Malotki** erläutert die Intention des von Herrn Dr. Kerath eingebrachten Änderungsantrages.

Die Stadt solle sich zu der Universität bekennen und nur den symbolischen Wert verlangen.

**Der Oberbürgermeister**

- . weist daraufhin, dass es keine konfliktbehaftete Diskussion gab
- . bestätigt, dass es sich um ein günstiges Angebot für die Universität handele

**Herr Wille** verweist auf § 56 KV M-V. In diesem wird geregelt, dass für die Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenstände der volle Wert erhoben werden soll. Auch die Ausnahmeregelung erlaubt keine symbolische Werterhebung von 1,00 € oder gar 0,00 €.

**Herr Liedtke** verweist auf die historische Bedeutung der Energiewerke Nord GmbH (EWN) für Greifswald.

**Herr Dr. Flieger** betont, dass es sich bei den 15.000 € für ein sehr günstiges Angebot für die Universität handele.

- . stellt in Aussicht, dass die Aula – unter der Bedingung, dass der Universität keine Untreue vorgeworfen wird – am 29.05.2015 kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Die SPD-Fraktion zieht ihren Änderungsantrag zurück.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	0

**TOP 6.10. Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

06/264.1 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Neufassung der „Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“.  
Die Satzung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft und ersetzt die bisherige Satzung vom 22.11.2006 (Beschlussnummer B342-21/06).

Kein Diskussionsbedarf.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

**TOP 6.11. Aktionsplan für Greifswald**

06/247.2 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt die AG „Barrierefreie Stadt“, die Empfehlungen für kommunalpolitische Entscheidungen aus dem „Wegweiser für Menschen mit Behinderungen 2009“ fortzuschreiben.

**Frau Socher** ruft die Beschlussvorlage auf.

**Herr Al Najjar** bringt die Vorlage ein und weist daraufhin, dass Menschen mit Handicaps in Greifswald besser integriert werden müssen.

**Herr Multhauf** fragt nach

- . warum das Coperate Design in der Beschlussvorlage erwähnt wird.
- . warum beim Neubau des Busbahnhofes Süd keine behindertengerechten Toilette mitgebaut wurde.

Auf diese Frage wird keine Antwort gegeben.

**Herr Prof. Dr. Treig.** fragt den Einbringer, wo der Unterschied zwischen unentbehrlich und notwendig sei.

Der Einbringer äußert sich nicht weiter zu der Frage von Herrn. Prof. Dr. Treig.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

**TOP 6.12. Prüfauftrag – Enteignung Grundstücke Lange Straße 48a und Steinbeckerstraße 35/36**

06/283 Die Bürgerschaft beschließt, der Oberbürgermeister möge die Erfolgsaussichten von Enteignungsverfahren gegen die Eigentümer der Grundstücke Lange Straße 48a und Steinbeckerstraße 35/36 prüfen.



**Die Präsidentin der Bürgerschaft** ruft die Vorlage auf.

**Herr Hochschild** bringt die Vorlage ein.

**Herr Dr. Fassbinder**

. erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
. wünscht sich eine konstruktive Diskussion hinsichtlich der kommenden  
Beschlussvorlage Baderstraße 2.

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

**Herr Dr. Kerath** stellt den Geschäftsordnungsantrag für eine fünfminütige Pause.  
Dieser wurde angenommen.

**Pause**

**TOP 6.13. Mietpreisbremse**

1.

06/284.1 Die Bürgerschaft fordert die Landesregierung auf unmittelbar nach Inkrafttreten des  
06/284.2 geplanten "Gesetzes zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten  
und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung  
(Mietrechtsnovellierungsgesetz – MietNovG)" Greifswald per Rechtsverordnung als ein  
Gebiet mit angespannten Wohnungsmarkt zu bestimmen, in dem dann die geplante  
Mietpreisbegrenzung der Gesetzesnovelle gilt.

2.

Es soll bezahlbarer Wohnraum im sozialen Wohnungsbau in allen Stadtteilen geschaffen  
werden. Deswegen spricht sich die Bürgerschaft dafür aus, das ein Verkauf von städtischen  
Grundstücken, die zur Bebauung mit Mehrfamilienhäusern geeignet sind, bevorzugt an die  
WVG mbH oder andere Wohnungsunternehmen mit dem Auftrag einer sozial  
verantwortbaren Wohnungsversorgung zu erfolgen hat.

3.

Die Bürgerschaft fordert die Landesregierung auf, den sozialen Wohnungsbau wesentlich  
stärker zu fördern und insbesondere die sogenannten Entflechtungsmittel als Zuschuss zur  
Schaffung bezahlbaren Wohnraums einzusetzen.

4.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den  
Oberbürgermeister zu prüfen, welche Folgen die Übernahme der Regelungen des  
Mietrechtsnovellierungsgesetz durch die WVG mbH im Wege der Selbstverpflichtung hätte.

5.

Eine AG „Bezahlbarer Wohnraum“ soll gegründet werden, die den Oberbürgermeister bei  
der Umsetzung der vorgenannten Ziele unterstützt. Als Mitglieder sollten der AG Vertreter  
von WVG mbH, WGG, Studentenwerk, Mieterverein, Grund und Boden, Kirchen, Verwaltung  
und den Fraktionen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien angehören.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** ruft die Beschlussvorlage auf.

**Herr Dr. Kerath** bringt die Vorlage ein.

**Herr Dr. Kasbohm**

. bestätigt, dass in Greifswald hohe Mieten existieren und verweist auf den

Mietspiegel.

. unterstützt diese Vorlage, insbesondere die Förderung des sozialen Wohnungsbau.

**Herr Dr. Fassbinder** ist der Meinung, dass

. die Mietpreisbremse nicht nur eine sozialpolitische Maßnahme sei, sondern auch eine wirtschaftspolitische und verweist in diesem Zusammenhang auf die Wohnungssituation in den Bäderregionen.

. die Vorlage ist eine sog. „WVG-Förderungsvorlage“, mit dieser soll der soziale Wohnungsbau bzw. Bereitstellung gefördert werden.

**Herr Rodatos** verdeutlicht, dass

. im Paradigmenwechsel eine Chance für die Stadt Greifswald liege und bezieht hierbei auf das ISEK-Strategiepapier.

. zu hohe Mieten Menschen mit keinem großen Budget verdrängen würden beispielhaft genannt sind hier Studenten, Rentner, junge Familien uvm.

. zu hohe Mieten nicht nur allein für die Stadt gefährlich sei sondern auch für die Universität

**Herr von Malottki**

. macht auf die Aussagen des Herrn Glawe aufmerksam, dass bisher noch keine Anträge eingegangen sind, Regionen in Mecklenburg-Vorpommern als ein Gebiet mit angespanntem Wohnungsmarkt zu bestimmen.

. bittet einen solchen Antrag beim zuständigen Ministerium zu stellen.

. möchte, dass durch die WVG mbH im Wege der Selbstverpflichtung die Mietpreisbremse installiert wird.

**Herr Dr. Rose**

. spricht sich auch für eine Mietpreisbremse aus.

. stellt einen Änderungsantrag, dass die WVG kein Geld an die Stadt abführt

. meint, dass die Ersparnisse der WVG sollen zur Reduzierung der Kaltmieten eingesetzt werden

**Herr Dr. Kerath** stellt einen Antrag, dass eine Einzelabstimmung zu jedem Punkt im Beschlussvorschlag erfolgen soll. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

**Herr Burmeister**

. wünscht sich, dass das selbstgenutztes Wohneigentum gefördert wird.

. fragt nach, was sich hinter der Formulierung „sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung“ verbergen soll.

**Herr Hoebel** erachtet den Vorschlag von Herrn Dr. Rose als wenig sinnvoll, da die Stadtverwaltung das Geld von der WVG für soziale Zwecke eingesetzt wird.

**Herr Multhauf**

. verdeutlicht, dass es gerade in Schönwalde I/II vorhandenen und bezahlbaren Wohnraum für Studenten gäbe.

**Herr Hochschild**

. empfindet die Mietpreisbremse als überflüssig, da der durchschnittliche Mietpreis bei der WVG bei 5,02 € pro m<sup>2</sup> liege.

. befürwortet, dass mehr Wohnbauland zur Verfügung gestellt werden muss.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** lässt über den Änderungsantrag von Herrn Dr. Rose abstimmen, dass zukünftig keine Gewinne der WVG an die Stadtverwaltung

abgeführt werden sollen.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
1	mehrheitlich	4

*Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die einzelnen Punkte der Beschlussvorlage abstimmen.*

*Zu Ziffer 1 beantragte Herr Dr. Kerath namentliche Abstimmung.  
Ziffer 1*

<b>Herr Ibrahim Al Najjar</b>	<b>Ja</b>
<b>Frau Ulrike Berger</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Dr. Ullrich Bittner</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr André Bleckmann</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Ulf Burmeister</b>	<b>Ja</b>
<b>Frau Petra Dörwald</b>	<b>Ja</b>
<b>Frau Rita Duschek</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Rudi Duschek</b>	<b>Ja</b>
<b>Frau Dr. Frauke Fassbinder</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Dr. Stefan Fassbinder</b>	<b>Ja</b>
<b>Frau Yvonne Görs</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Professor Dr. Frank Hardtke</b>	<b>Nein</b>
<b>Frau Luisa Heide</b>	<b>Ja</b>
<b>Frau Marion Heinrich</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Axel Hochschild</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Torsten Hoebel</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Heiko Jaap</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Wolfgang Jochens</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Prof. Dr. Wolfgang Joecks</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Dr. Jörn Kasbohm</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Dr. Andreas Kerath</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Nikolaus Kramer</b>	<b>Nein</b>
<b>Herr Alexander Krüger</b>	<b>Ja</b>
<b>Herr Christian Kruse</b>	<b>Nein</b>

Herr Thomas Lange	Ja
Herr Jürgen Liedtke	Nein
Herr Egbert Liskow	Nein
Herr Franz-Robert Liskow	Nein
Herr Dr. Thomas Meyer	Nein
Herr Peter Multhauf	Ja
Herr Thomas Mundt	Nein
Herr Dr. Sascha Ott	Nein
Herr Milos Rodatos	Ja
Herr Dr. Ulrich Rose	Ja
Frau Dr. Mignon Schwenke	Ja
Frau Birgit Socher	Ja
Herr Ludwig Spring	Nein
Herr Dr. Rainer Steffens	-
Frau Dr. Antje Steveling	Nein
Frau Mechthild Thonack	Nein
Herr Professor Dr. Thomas Treig	Nein
Herr Erik von Malottki	Ja
Herr Ingo Ziola	Nein

*Punkt eins dieser Vorlage ist mit 23 – Ja-Stimmen und 19 –Nein-Stimmen beschlossen.*

*Punkt 2 der Vorlage*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	23	18	1

*Punkt 3*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	28	12	1

*Punkt 4*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	20	18	3

*Punkt 5*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich		

**TOP 6.14. Benennung Mitglieder für den Beirat des Eigenbetriebes „Hanse- Kinder“**

Für die CDU-Fraktion werden als Mitglied in den Beirat des Eigenbetriebes „Hanse Kinder“ Frau Mechthild Thonack und Herr Thomas Mundt gewählt.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.  
Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

#### **TOP 6.14.1 Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur**

06/288 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf und lässt über diese Abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

#### **TOP 6.15. Umbesetzung AG KUS**

06/302 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr Dr. Sascha Ott wird aus der „AG KUS“ abberufen.

Frau Mechthild Thonack wird in die „AG KUS“ gewählt.  
Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Kein Diskussionsbedarf.

**Frau Socher** lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

#### **TOP 6.16. Zeitweiliger Ausschuss Windenergie**

- 06/300
1. Die Bürgerschaft beschließt die Gründung eines zeitweiligen Ausschusses gemäß § 7 der Hauptsatzung zur Begleitung des Diskurses über die Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsgebieten in M-V und der darauf aufbauenden Fortschreibung des Raumentwicklungsprogrammes der Planungsregion Vorpommern.
  2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die dort erarbeiteten Ergebnisse zunächst in den regionalen Planungsverband Vorpommern einzubringen und über diesen an das Land M-V, hier vertreten durch den Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens als Änderungs- und Ergänzungsvorschläge heranzutragen.
  3. Der Oberbürgermeister empfiehlt dem Regionalen Planungsverband eine Konzeption zur Attraktivitätssteigerung unter dem Leitgedanken „Mehrwertschöpfung“ für die Planungsregion zu erstellen und alle relevanten Zielgruppen und Partner dabei begleitend einzubeziehen.

**Die Präsidentin der Bürgerschaft** ruft die Beschlussvorlage auf.

**Herr Hochschild** bringt die Vorlage ein.

#### **Diskussion**

**Der Oberbürgermeister** stellt klar, dass das Oberverwaltungsgericht bisher kein Urteil zur Thematik der festgelegten Eignungsgebiete für Windkraftanlagen im regionalen Raumentwicklungsprogramm für Vorpommern gefällt hat.

**Frau Dr. Schwenke** verweist darauf, dass diese Thematik auch im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung behandelt werden kann.

**Herr Krüger** plädiert dafür, dass es im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung bzw. ein zeitweiliger Unterausschuss gebildet werden kann.

**Herr Multhauf** regt Änderungen hinsichtlich des Ausdruckes in der Beschlussvorlage an.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	15	23	2

## TOP 6.17. Anzeige von Baumfällungen

06/301 Bei allen dem Bauausschuss vorgelegten Maßnahmen sind Vorgänge, die schützenswerte Bäume

- gemäß § 3 (1) der Baumschutzsatzung der UHGW  
([http://www.greifswald.de/uploads/media/Baumschutzsatzung\\_02.pdf](http://www.greifswald.de/uploads/media/Baumschutzsatzung_02.pdf))

und

- § 19 NatSchAG MV (<http://www.landesrecht-mv.de/jportal/portal/page/bsmvprod.phtml?showdoccase=1&doc.id=jlr-NatSchAGMVrahmen&doc.part=X&st=lr>)

betreffen, gesondert in der Beschlussvorlage auszuweisen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr Dr. Rose bringt die Beschlussvorlage ein.

### Diskussion

**Herr Multhauf** stellt den Antrag, dass alle Bäume – nicht allein, die schützenswerten- gesondert in der Beschlussvorlage ausgewiesen werden sollen.

**Herr Dr. Bittner** meint, dass das "wenige Grün" in der Stadt auf die Entwicklung, Parkplätze im Hinterhof zu errichten, zurückzuführen sei.  
. wünscht sich einen sensibleren Umgang mit den ausgewachsenen Bäumen.

### **Herr Hochschild**

. spricht sich gegen den Vorschlag von Herrn Multhauf aus.  
. geht auf das Prozedere hinsichtlich der Wallanlage und des Karl-Marx-Platzes ein;  
die zu fällende Bäume waren zum einen gekennzeichnet und zum anderen lagen die erforderlichen Baumfällgenehmigungen vor.

**Herr Multhauf** zieht seinen Antrag zurück.

**Herr Dr. Rose** widerspricht die Aussagen von Herrn Hochschild. Im Gutachten zum Karl-Marx-Platz war ein Baum ausgewiesen, der an der besagten Stelle nicht existierte.

**Frau Socher** lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	3	4

**TOP 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

**Der Oberbürgermeister**

. teilt mit, dass ein Förderantrag für das Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie gestellt wurde. Es müssen noch einige Dinge nachgereicht werden. Es kann jedoch unter Vorbehalt gesagt werden, dass die Fördermöglichkeiten vorliegen.

. verweist auf die Veranstaltung am 30.04.2015 im Dom St. Nikolai zum 70.

Gedenken an die kampfbefreite Übergabe der Stadt Greifswald an die Rote Armee

. 09. 05.2015 findet der Tag der Städtebauförderung statt.

**TOP 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft**

**Herr von Malottki** fragt nach, ob die Mitarbeiterin freigestellt werden kann, die sich im Landeselternrat Mecklenburg-Vorpommern engagiert.

**Der Oberbürgermeister** erklärt, dass im Rahmen der Gleitzeit die Möglichkeit besteht, eine Arbeitszeitverlagerung in Anspruch zu nehmen, um solche Veranstaltungen zu besuchen.

**Herr Multhauf** hat Nachfragen bzgl. des Umganges mit Asylbewerbern, zur der Genehmigung des Haushaltes, zum Telefonverzeichnis von der Stadtverwaltung, zum Kompliziertheitsgrad des Portals „Klarschiff“ und zum Stadtblatt, wenn ein Aufkleber auf den Briefkasten „Keine Werbung“ klebt.

**Der Oberbürgermeister** geht auf die Nachfragen von Herrn Multhauf ein. Demnächst werden syrische Flüchtlinge in Greifswald begrüßt. Inwieweit das Portal „Klarschiff“ kompliziert ist, kann nicht gesagt werden. Über konkretere Hinweise wäre er dankbar. Ein Telefonverzeichnis ist den Fraktionen zugegangen. Es ist nicht Aufgabe der Stadtverwaltung dafür Sorge zu tragen, dass das Stadtblatt auch bei Briefkästen mit dem Aufkleber „Keine Werbung“ zugestellt wird. Dies liegt im Verantwortungsbereich der betreffenden Personen.

**Herr Wille** äußert sich zum Haushalt. In den nächsten Wochen kann mit einer Genehmigung des Haushaltes gerechnet werden.

**Frau Socher** regt an, dass ein Telefonbuch mit Telefonnummern aller Mitarbeiter verteilt wird.

**Herr von Malottki** fragt nach dem Hafenbecken in Ladebow bzgl. der drohenden Versandung und die möglichen finanziellen Belastungen für die Stadt.

**Herr Hochheim** erklärt dass es sich hierbei um eine Bundeswasserstraße handelt . er hofft, dass das zuständige Amt die Ausgrabungen vornimmt.  
Es besteht die Möglichkeit durch den Pachtvertrag, dass der Pächter, auch (indirekt) auf Kosten der Stadt, Ausgrabungen vornimmt.

**Herr Jochens** fragt nach, ob bei normalem Wasserstand die Seetiefe 3,40 m in Wieck (beim Sperrwerk) beträgt, da die Greif einen Tiefgang von 3,60 m hat.

**Herr Wixforth** erläutert, dass die Stadtverwaltung prinzipiell nicht zuständig sei. Die Greif müsste sich um eine Ausnahmeregelung hinsichtlich des Abstandes vom Meeresgrund und zur Unterseite des Schiffes beim Wasser- u. Schifffahrtsamt bemühen.

**Herr Hochschild** gibt bekannt, dass ein Mitglied der Bürgerschaft während der Sitzung im Zuschauerraum saß, dennoch an der Abstimmung teilgenommen hat. bittet um Prüfung des Sachverhaltes durch das Präsidium.

**Herr Dr. Rose** bedankt sich bei der Gleichstellungsbeauftragten für die zügige Bearbeitung der Kleinen Anfrage.

**Herr Krüger** schlägt vor, dass die Verwaltung einen Ausnahmeantrag hinsichtlich der Greif stellt oder den Liegeplatz verlegt.

#### **TOP 9. Mitteilungen der Präsidentin**

1. berichtet von der Gesprächsrunde mit den Migranten. Dabei berichteten diese über folgende Probleme:
  - die Schwierigkeit Deutsch zu lernen und entsprechende Räumlichkeiten für die Lehrveranstaltungen zu finden,
2. Am 11.04.2015 tagte der Förderverein der Greif. Dort wurde ein Beschluss zum Strategiepapier des Vorstandes des Fördervereins gefasst . Es wurde u.a. verankert, wie mit Hilfe der HFK Personalkosten eingespart werden könnten.
3. Am 8.Mai 2015 findet um 10:00 Uhr eine Kranzniederlegung durch den Oberbürgermeister und die Präsidentin der Bürgerschaft am Ehrenmahl in der Fleischerstraße statt, alle sind dazu eingeladen.
4. Frau Socher verweist auf das kommende Drachenbootrennen . wünscht sich ein Team bestehend aus sachkundige Einwohner und Bürgerschaftsmitglieder
5. Frau Socher gibt zu bedenken, dass sie bisher nur eine Rückmeldung bzgl. der Einladung zur Maiwoche nach Osnabrück erhalten hat.

#### **TOP 10. Schluss der Sitzung**

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um ca. 22:25 Uhr.

für das Protokoll



Birgit Socher  
Präsidentin  
Sitzungsdienst  
Bürgerschaft

Anne- Katrin Knappe  
Sachbearbeiterin

**Anlagen:** - Informationen über Hauptausschussbeschlüsse